



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundesministerin für Wirtschaft und Energie
Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt

Telefon 06151 3605078
Fax 06151 3605080

E-Mail: brigitte.zypries@wk.bundestag.de

Darmstadt/Berlin, 30. März 2017

Fahrverbot für laute Güterwagen ab 2020

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag, 30. März 2017, einstimmig das Schienenlärmschutzgesetz verabschiedet, das im Wesentlichen ein Verbot des Betriebs lauter Güterwagen ab 2020 bewirkt. „Wir haben uns für dieses Gesetz so stark eingesetzt, weil wir die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger schützen wollen. Mit diesem Gesetz wird der Lärm an der Quelle beseitigt“, sagt die Bundeswirtschaftsministerin und Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries (SPD). Ab dem Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2020 werden für den Schienengüterverkehr die Schallemissionen per Gesetz auf das Maß begrenzt, das von leisen Güterwagen mit modernen Verbundstoff-Bremssohlen oder Scheibenbremsen eingehalten wird. Die lauten Güterwagen, die noch mit alten Grauguss-Bremssohlen statt mit den neuen Flüsterbremsen ausgerüstet sind, dürfen dann das deutsche Schienennetz praktisch nicht mehr befahren. Die alten Bremsen rauhen die Radlaufflächen der Räder auf, wodurch sich die Schallemissionen der Güterwagen erhöhen.

Für Menschen, die an viel befahrenen Bahnstrecken leben und permanent solchem Lärm ausgesetzt werden, sind die Risiken gesundheitlicher Beeinträchtigungen signifikant erhöht. „Deshalb hat die Bundesregierung seit vielen Jahren die Umrüstung von alten Güterwagen mit neuen Flüsterbremsen unterstützt, die den Lärm des Güterverkehrs auf der Schiene beträchtlich reduzieren können“, erläutert Zypries. Das Gesetz sieht Monitoring-Stationen vor, um die Lautstärke der Güterzüge zu überwachen. Denn ein einzelner Güterwagen kann die Lärmmenge eines sonst leisen Zuges deutlich erhöhen.

„Es war ein langer Weg“, resümiert Zypries. „Aber wir arbeiten weiter an Verbesserungen für die Menschen entlang der Bahnstrecken. Ohne ausreichenden Lärmschutz gibt es keine Akzeptanz der Anwohner für weitere, dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen.“

Pressemitteilung